Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 33.

Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 22,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,500.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter den Redactionsstrich
die Spaltzeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postvorschuß.

№ 49. Freitag den 18. Februar 1881. 75. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung,
die Anzeigeerstattung von Unglücksfällen in Fabriken betreffend.

Nach §. 1 der Ministerialverordnung vom 1. August 1878, die Fabrikeninspection betreffend, sind die Fabrikbesitzer und Fabrikleiter verpflichtet, wenn in Folge des Gewerbebetriebes eine Person das Leben verloren oder eine solche Beschädigung erlitten hat, daß sie länger als 72 Stunden an ihrer Arbeit behindert ist, der Gewerbepolizeibehörde (Stadtrath) und dem königlichen Fabrikeninspector davon Anzeige, und zwar im ersteren Falle sofort, im letzteren spätestens vier Tage nach Eintritt des Unfalls zu erstatten.

Dessen ungeachtet sind in neuerer Zeit diese Anzeigen vielfach unterlassen worden.

Wir bringen daher die eingangsgedachte Bestimmung hier den betheiligten Gewerbetreibenden mit dem Bemerken in Erinnerung, daß wir gegen Zuwiderhandelnde auf Grund von §. 1, Abs. 2 der angezogenen Ministerialverordnung in Verbindung mit §. 148 der Reichsgewerbeordnung mit Geldstrafe bis zu 150 Mark und im Unvermögensfalle mit Haft bis zu vier Wochen nachdrücklichst vorgehen werden.

Leipzig, am 11. Februar 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Kretschmer.

Bekanntmachung.

In den Ställen Nr. 8, 11 und 12 des Pfaffendorfer Fettviehhofes ist unter den Rindern die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Wir bringen dies in Gemäßheit von §. 4 der Ministerialverordnung vom 24. März 1874 zur öffentlichen Kenntniß, ordnen folgende Schutzmaßregeln an:

1) Die in den erwähnten Ställen befindlichen Viehstücke dürfen nicht in den Handel gebracht, sondern nur zum Schlachten verwendet werden.
2) Das letztere darf nur in den Räumen des Fettviehhofes oder des hiesigen Schlachthofes geschehen.
3) Die erkrankten Thiere dürfen nach letzterem Orte nicht getrieben, sondern müssen gefahren werden.
4) Die dazu benutzten Wagen dürfen zum Transport gesunder Thiere nicht eher wieder verwendet werden, als bis sie gehörig mit Karbolsäure desinficirt worden sind;

und bemerken noch, daß Zuwiderhandelnde auf Grund von §. 328 des Reichsstraf-Gesetzbuches werden zur Bestrafung gezogen werden.

Leipzig, am 16. Februar 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Kretschmer.

Bekanntmachung.

Die Macadamisirung der Stephan- sowie der neu angelegten Tracte der Sternwartenstraße und der Ulrichs-Gasse soll an einen Unternehmer vergeben werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen im Bureau unserer Tiefbauverwaltung, Rathhaus Zimmer Nr. 18, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift „Macadamisirung der Stephan-Straße" ꝛc. versehen ebendaselbst und zwar bis zum

3. März d. J.,

Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Leipzig, am 14. Februar 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Dr. Wangemann.

Vermiethung.

Die in der **2. Etage** der **Alten Waage, Katharinenstraße** Nr. 29, befindlichen, zeither als Expeditionen für die städtische Verwaltung benutzten **Localitäten,** aus 1 Borsaal, 3 zweifenstrigen Zimmern nach der Katharinenstraße heraus und 1 zweifenstrigen und 2 einfenstrigen heizbaren Kammern nach dem Hofe bestehend und mit Gasbeleuchtungseinrichtung versehen, welche sich **zur Verwendung als Comptoir** oder **Expedition** besonders eignen würden, sollen **zur Vermiethung vom 1. April d. J.** oder nach Wunsch auch schon **von einem früheren Zeitpuncte an auf 3 Jahre** und weiter gegen halbjährliche Kündigung

Donnerstag, den 24. dieses Monats, Vormittags 11 Uhr

an Rathsstelle, Rathhaus, 1. Etage, Zimmer Nr. 16, **versteigert** werden.

Die Vermiethungs- und Versteigerungsbedingungen nebst Inventarium liegen auf dem Saale der 1. Etage des Rathhauses zur Einsichtnahme aus.

Leipzig, den 16. Februar 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Cerutti.

Bekanntmachung.

Mit Ostern d. J. sind von uns für Söhne oder Töchter hiesiger Eltern zwei ganze, nach Befinden in vier halbe zu theilende Freistellen am königlichen Conservatorium der Musik allhier zu vergeben.

Die Vergebung erfolgt auf ein Jahr. Bewerbungen sind unter Bescheinigung der Ortsangehörigkeit der Eltern der Gesuchsteller und soweit möglich unter Beifügung von Zeugnissen über Wohlverhalten und Befähigung **bis zum 1. März d. J.** schriftlich an das Directorium des königlichen Conservatoriums der Musik allhier zu richten.

Leipzig, den 14. Februar 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hartwig.

Schönefelder Rothe-Stiftung.

Die Zinsen dieser Stiftung sind an einen würdigen der Parochie Schönefeld oder Reudnitz angehörigen Armen zum Gebrauch einer Bade- oder anderen Cur zu vergeben. Bewerber haben ihre an den unterzeichneten Kirchenvorstand gerichteten Gesuche bis zum 31. März auf hiesigen Pfarramte abzugeben.

Schönefeld. **Der Kirchen-Vorstand.**
H. Schmidt, P.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 18. Februar.

Es war ein ungewöhnliches Zusammentreffen, daß am Mittwoch Reichstag, preußisches Abgeordnetenhaus und Herrenhaus nicht nur Sitzungen abhielten, sondern alle drei Körperschaften sich auch mit Gegenständen von hervorragendem Interesse beschäftigten. Das Herrenhaus hatte über den dauernden Steuererlaß zu entscheiden, und die Anwesenheit des Reichskanzlers legte Zeugniß ab von dem großen Werth, den die Regierung darauf legt, daß das Herrenhaus nicht die im andern Hause vereinbarte Finanzmaßregel ablehne, wie die Budgetcommission des ersteren vorgeschlagen hatte. Von den Herren Graf zur Lippe, Becker-Düsseldorf, Graf Brühl, Hasselbach wurde der dauernde Steuererlaß als eine mit der derzeitigen Finanzlage Preußens und mit gesunden finanzpolitischen Grundsätzen nicht vereinbare, lediglich aus allgemein politischen Rücksichten, aus Wahl- und Parteiinteressen hervorgegangene Maßregel verurtheilt. Für den Vorschlag traten ein die Herren Mirbach, v. Kleist-Retzow, Adams und Graf Schulenburg-Boitzendorf, sowie mit großem Nachdruck der Finanzminister Bitter und der Reichskanzler Fürst Bismarck. Der Letztere legte die Schwierigkeiten und Hindernisse dar, die er habe überwinden müssen, um das Werk seiner Steuerreform so weit durchzuführen, wie es jetzt der Fall sei. Von der Ablehnung dieser Vorlage glaubte er die bedauerlichste Rückwirkung auf das Gedeihen des finanziellen Reformwerkes erwarten zu müssen. Wir geben nachstehend die Rede des Fürsten Bismarck ihrem wesentlichen Inhalte nach wieder:

Die Vorlage ist ein Theil des mühsamen Weges, den wir und besonders ich seit länger als 5 Jahren zurückliegen nach dem Ziel der Steuerreform, von der ich immer noch glaube, daß mit die Mehrheit des Herrenhauses den Beistand leisten wird, dessen wir bei unseren auf Reichsgebiet liegenden Wege aus preußischen Quellen bedürfen können. Seit Jahren stehe ich in der Mitte dieser Arbeit und kann nicht mit Befriedigung auf den zurückgelegten Weg blicken, weil ihm ein ungeheuerliches Maß von Hindernissen, fast twiel, entgegengestellt war. Zunächst hat es kolossale Schwierigkeiten gemacht, innerhalb des preußischen Staatsministeriums Einigkeit darüber zu erzielen, daß eine derartige Reform zu erfolgen sei, daß die indirecte Steuer-Herstellung aufmerksamer Pflege bedürfe und nicht Alles mit Härte und Nachdrücklichkeit auf die directen Steuerzahler geworfen werden könne. Nachdem im Ministerium die Einheit principiell hergestellt war, ist doch immer eine große Verschiedenheit der Meinungen über die Wege zurückgeblieben, auf denen man dem Ziel näher zu kommen hätte. Ich bin bei meinen wiederholten Versuchen zwar im Princip anerkannt worden, aber praktisch bei meinen Collegen nicht durchgedrungen, indem die Vorlagen nicht in der Art erfolgten, wie ich sie wünschen mußte. Seit auch diese Schwierigkeiten überwunden waren, gut oder schlecht, hat sich die Existenz eines vitalen Zirkels ergeben zwischen Reichstag und preußischem Landtag. Der Ursprung der Taktik, der wir uns gegenüber befanden, lag nicht so sehr im Interesse für das Gemeinwohl, als in der Besorgniß der Schädigung der Parteipolitik, eine Schwierigkeit, die sich bei unsern verwickelten Parteiverhältnissen noch mehr complicirten mußte. Die Gegner im Reichstage erheben stets den Einwand, daß man neue Steuern nicht bewilligen könne, ohne den Zweck der Verwendung zu kennen. Im Abgeordnetenhause finden wir uns denselben Fractionen gegenüber, die man wieder sagten, es sei unmöglich, im preußischen Budget die Einnahmen zu vermindern, bevor man die Sicherheit habe, daß die Lücken wieder gedeckt würden. Ich finde diesen Einwand sehr natürlich und begreife für Finanzmänner, die keine Verantwortung für die Gesammtleitung des Staates in sich fühlen, der Leiter eines großen Staatswesens aber muß sich von dieser Auffassung freimachen. Aber es giebt nichts Lähmenderes als das Gefühl, unnöthigen Schwierigkeiten ausgesetzt zu sein von den Seiten, woher man Unterstützung mit Recht erwartete.

Die Ablehnung dieser Vorlage würde die bedauerlichste Rückwirkung auf das Gedeihen unseres finanziellen Reformwerks haben, namentlich auf mein Vertrauen und meinen Muth. Wäre noch res integra, dann könnte man leicht Ja oder Nein sagen, aber es liegt ja bereits das Gesetz vom 15. Juli 1880 vor, um jenen vitalen Zirkel zu durchbrechen. Das hat nicht genügt, um die Entschlossenheit unserer Gegner zu entwaffnen. Darum gingen wir weiter und zwar zunächst auf dem Wege des einmaligen Erlasses in Preußen, der aber noch gar keinen Sinn hätte, wenn man damit nicht die Wiederholung desselben im Vertrauen auf das Vorhandensein der Mittel projectirt hätte. Ich kann also nur bestätigen, daß man nicht einen einmaligen Erlaß bewilligen, einen dauernden aber ablehnen kann. Damit stellt man sich direct auf den Standpunct der principiellen Gegner. Die Vorlage schafft ein Bacuum, dessen Vorhandensein den Reichstag nöthigt stimmen soll; man wurde von gegnerischer Seite der Antrag eingebracht, den ich nach meinem lebhafteren Temperament von Heute auf gewünscht haben würde, nämlich den Antrag auf dauernden Erlaß. Die Gegner hatten damit ja wohl nur beabsichtigt, den Beweis zu liefern, daß es der Regierung mit ihren Anträgen nicht recht ernst wäre, wenn sie sich von einem dauernden Erlaß zurückzöge. Dazu gehört keine fortschrittliche, sondern nur eine ganz gewöhnliche Logik. Zu Mahlereien eignete sich solche Taktik vortrefflich. In dieser Lage war ich sofort für den fortschrittlichen Antrag und meine Collegen stimmten mir darin bei. Die Annahme dieser Vorlage war eine Handlung, wie wenn in alten Zeiten ein Feldmarschall seinen Marschallsstab über die Mauer warf und damit den festen Entschluß bekundete, ihn wieder zu holen. Ich bin nicht gewohnt, durch große Uebertreibung meine Argumente höher aufzubringen als sie werth sind; aber ich sage Ihnen: ich verliere den Muth, die Majoritätserklärungen fortzusetzen, wenn ich auf diesem Wege durch ein Veto des Herrenhauses aufgehalten werde. Irgend eine andere Versien wird im anderen Hause keine Majorität finden. Wird denn bei der dankenswerthen Unterstützung, die die Politik der Regierung gewöhnlich vom Herrenhaus erhalten hat, überall an die Aufrichtigkeit der Regierung bei diesem Spiel geglaubt? Wird man die Regierung bei solchem Veto für unbetheiligt halten? Wir würden uns unverdienten Verdächtigungen aussetzen. Darum bin ich trotz Abmahnung meiner Gesundheit hierher gekommen, um öffentlich zu bezeugen, daß Sie uns auf das Schwerste schädigen, wenn Sie das Votum des Abgeordnetenhauses zurückweisen. Ich bin aber immer noch der Zuversicht, daß die Mehrheit die Vorlage annehmen wird. Verwerfen Sie das Gesetz, hindern Sie den Fortgang der Reform, dann sind wir auch nicht mehr verpflichtet, Klagen zu hören, Klagen, die nicht unberechtigt sind, denn auch ich weiß, wo uns der Schuh drückt. Im Allgemeinen aber zeugt das Lamentiren bei uns von wenig christlicher Geduld und Liebe. Es geht uns immer noch besser, nicht gerade als wir es verdienen, aber als den meisten anderen Staaten. Sehen Sie sich in Europa um: finden Sie irgendwo Zustände, mit denen Sie zu tauschen bereit sind, wohin Sie sich begeben möchten, um dem furchtbaren Druck, den gefährlichen Zuständen, den düstern Wolken in Deutschland zu entrinnen, um endlich in den sicheren Hafen — ich will als Minister des Aeußern kein Land nennen (Große Heiterkeit) — einzulaufen? Wenn wir Kampfgenossen, mit denen wir in schweren Zeiten Schulter an Schulter standen, jetzt ihre Unterstützung versagen, dann bin ich entmuthigt. Darum bitte ich Sie dringend: geben Sie uns in dieser wichtigen Sache seinen Beistand. (Beifall.)

Die Berathung des Herrenhauses wurde hierauf vertagt.

Der Reichstag nahm am Mittwoch in einer späten Abendsitzung die Präsidentenwahl vor. Es war schon vorher bekannt, daß die Wahl des Grafen Arnim zum Präsidenten gesichert war, daß Derselbe aber ablehne, neben einem Centrumsmitgliede im Präsidium zu sitzen. Die nationalliberale Fraction hatte vorher über die Angelegenheit berathen. Es herrschte allgemein Uebereinstimmung darüber, sich an keiner Abmachung zu betheiligen, bei welcher ein Mitglied der Centrumspartei in das Präsidium gewählt wurde. Der Vorschlag der Deutschen Reichspartei, wonach der bisherige Präsident Graf Armin-Boitzenburg wiedergewählt und sodann zum ersten Vice-Präsidenten ein Mitglied der nationalliberalen, zum zweiten Vice-Präsidenten ein Mitglied der deutsch-conservativen Partei gewählt werden sollte, fand allgemeinen Anklang und wurde ohne irgend welchen Widerspruch angenommen. Als nationalliberales Mitglied des Präsidiums kamen Herr von Benda und Herr Dr. Stephani in Frage. Man entschied sich für Letzteren, da es angemessen schien, einen Abgeordneten aus einem nichtpreußischen Bundesstaat in ein Präsidium zu bringen, das beim Unterliegen der conservativ-centralen Combination voraussichtlich aus lauter preußischen Mitgliedern zusammengesetzt gewesen wäre. Nationalliberale und Deutsche Reichspartei hatten sich sodann über den Anschluß des Centrums vom Präsidium geeinigt, während andererseits Conservative und Centrum sich über die Wiederwahl des Herrn v. Franckenstein zum ersten Vice-Präsidenten verständigt hatten. Von den Secessionisten durfte man im Allgemeinen den Anschluß an die Nationalliberalen erwarten, die Haltung der Fortschrittspartei war nicht bekannt; in Erinnerung an frühere Vorgänge konnte man sich aber in dieser Beziehung ernster Besorgnisse nicht entschlagen, was denn auch vollständig gerechtfertigt wurde. So begann denn unter allgemeiner Spannung bei ziemlich gut besetztem Hause (namentlich auf Seiten des fast vollzählig anwesenden Centrums) die Wahl. Dieselbe hatte folgendes Resultat: Zum Präsidenten wurde Graf Arnim mit 147 Stimmen gewählt; 91 Stimmen des Centrums fielen auf Herrn v. Seydewitz, 31 Zettel (Fortschritt und Secessionisten) waren unbeschrieben. Graf Arnim war nicht anwesend. Zum ersten Vice-Präsidenten wurde Freiherr v. Franckenstein gewählt mit 149 Stimmen; Stephani erhielt 101, v. Benda 4, 16 Zettel (des Fortschritts) waren unbeschrieben. Herr v. Franckenstein nahm die Wahl dankend an. Für Denselben haben gestimmt: Centrum nebst Polen und einigen Elsässern, sowie die Deutschconservativen; für Stephani die Nationalliberalen, die Reichspartei und die Secessionisten. Die Fortschrittspartei hat sich der Wahl zwischen einem Nationalliberalen und einem Ultramontanen durch Abgabe weißer Zettel entziehen zu müssen geglaubt und dadurch die Wahl des Ultramontanen befördert. Zum zweiten Vice-Präsidenten wurde Ackermann mit 172 Stimmen gewählt; 78 Zettel (der Nationalliberalen, Secessionisten und Fortschrittspartei) waren unbeschrieben; die Reichspartei hat also für Ackermann gestimmt. — Graf Arnim wird heute seinen Entschluß ankündigen, in ein solches Präsidium nicht einzutreten, und die siegreiche Majorität mag alsdann dem ultramontan-particularistischen Rumpf ihres Präsidiums mit einem neuen, würdigen Haupte zieren.

Es fällt auf, daß im Reichstage bereits sämmtliche Einzelstats, aber noch nicht der Hauptetat zur Vertheilung gelangt ist. Ferner wird bemerkt, daß von den beiden nachträglichen Forderungen für das Reichsamt des Innern, welche erst vor wenigen Tagen im Bundesrathe eingebracht wurden, die eine, welche die Ausstattung der neuen Abtheilung für wirthschaftliche Angelegenheiten betrifft, in vorliegender Specialität bereits aufgenommen ist, die Forderung für den Volkswirthschaftsrath aber nicht. Welche Gründe hierfür vorgewaltet haben, ist bis jetzt nicht ersichtlich. Jedenfalls bestätigt es sich nicht, daß gegen die Einführung eines deutschen Volkswirthschaftsraths im Wege der bloßen Feststellung im Etat von Seiten der bairischen Regierung Einsprache erhoben worden ist. Dennoch nimmt man das Vorhandensein schwerwiegender materieller Bedenken an. Der Etat der Zölle und Tabaksteuer weist gegen das Vorjahr eine Mehreinnahme von 21,399,000 und bez. 4,209,000 Mark sowie für Aversen 424,500 Mark auf. Gemäß §. 8 des Zollgesetzes vom 15. Juli 1879 (Antrag Franckenstein) wird diese Mehreinnahme von zusammen 26,032,500 Mark den Einzelstaaten zugewiesen. Da der preußische Etat nur eine Erhöhung der Reichsüberschüsse von etwa 10 Millionen veranschlagt hat, was auf das Reich berechnet 16—17 Millionen ergeben würde, so zeigt sich hier ein Mehr von fast 10 Millionen. Demnach würde, wenn der Hauptetat die Steigerung der Matricularbeiträge um 25 Millionen bestätigt, welche die Vorlage des Etats an den Bundesrath anweist, hierdurch die Erhöhung der Ueberschüsse fast vollständig absorbirt sein; es kann also diese Besserung ein nachträgliches Argument für den preußischen Steuererlaß nicht abgeben.

Zur Präsidentenwahl im Reichstage wird uns aus Berlin vom Mittwoch noch wie folgt geschrieben: Graf Arnim war nicht im Hause anwesend und wird seinen Entschluß morgen dem Vorstande mittheilen. Insofern es sich bei der bisherigen Abmachung nur darum gehandelt hatte, das Centrum vom Präsidium auszuschließen, wird die Entscheidung des Grafen Arnim an den vollzogenen Thatsachen Nichts mehr ändern. Sollte Graf Arnim die Wahl ablehnen, so spricht alle Wahrscheinlichkeit dafür, daß sich die Mehrheit des Reichstages für den Abg. v. Seydewitz (conservativ) ausspricht, der bekanntlich am Anfang der Legislaturperiode Präsident des Reichstages war und später wegen seiner Ernennung zum Oberpräsidenten von Schlesien eine Wiederwahl zum Reichstagspräsidenten ablehnte. Die ganze Wahlfrage ist dadurch zu einer politischen gemacht worden, daß man eine gemeinsame Verhaltungslinie für den Reichskanzler und den Grafen Arnim als vorhanden annahm. Die Ablehnung der Wahl seitens des Letzteren würde nur bestätigen, daß jede derartige Combination an den Conservativen scheitert ist, die sich ihrer ultramontanen Freunde in taktischen Fragen nicht entäußern wollen.

Der Reichstag hat vorerst auf schwachen Besuch zu rechnen. Von den süddeutschen Abgeordneten wird ein großer Theil unmittelbar nach Vollzug der Präsidentenwahl wieder heimwärts ziehen, um zunächst den Pflichten gegen die Einzellandtage nachzukommen, wodurch sie mehrere Wochen von Berlin ferngehalten werden. So wird auch der Landesausschuß des Reichslandes in Straßburg noch mindestens zwei Wochen zur Erledigung seiner dringendsten Geschäfte zusammenbleiben müssen, und früher dürften auch die bairischen und württembergischen Kammern nicht geschlossen werden.

Als der Reichstag im Jahre 1871 die Millionen für ein würdiges Parlamentsgebäude bewilligte und kurz nachher ein Bauprogramm desselben feststellte, ahnte wohl keiner der damaligen Abgeordneten, daß noch nach zehn Jahren die Session in demselben provisorischen Saale ihren Anfang nehmen würde, wie Das am Mittwoch geschehen ist. Kein Zweifel, daß binnen wenigen Wochen dem Reichstage eine neue Vorlage zugehen wird, welche abermals vorschlägt, den Platz des Palais Raczynski als Bauplatz zu erwerben, aber ebenso gewiß scheint, daß der Antrag nicht die Majorität des Hauses finden wird. Es ist Das auch nicht zu beklagen, denn erstlich wird das Terrain von vielen Sachverständigen als unzureichend betrachtet und dann stoßen sich Manche an den Gedanken, daß das Gebäude der Hauptstadt den Rücken zudrehen soll. Bei dem vom Reichstage vorgeschlagenen sogenannten kleinen Königsplatze fielen beide Bedenken in Wegfall, aber der Kaiser hat entschieden, daß er seine Einwilligung zur Wahl dieses Platzes niemals geben werde. Der Grund der Weigerung ist nicht ausdrücklich angeführt, aber alle Welt weiß, daß später einmal die Stätte zur Verherrlichung der Heerführer der letzten großen Krieges dienen soll.

Das Abgeordnetenhaus erledigte am Mittwoch zunächst zwei Petitionen von beschränktem Interesse, nahm die vom Abgeordneten Zelle beantragte Novelle zu dem Gesetz wegen Unterbringung verwahrloster Kinder einstimmig an und schritt dann zur Berathung des Windthorst'schen Antrags betreffs Aufhebung des Sperrgesetzes. Das Centrum kann sich angesichts der bedrängten Geschäftslage wahrhaftig nicht beklagen, daß man seinen Bemühungen, den Culturkampf stets aufs Neue zu entfachen, nicht das weitestgehende Entgegenkommen beweise. Das Haus hörte denn auch die Declamationen der Abgeordneten Windthorst, Reichensperger, v. Schorlemer mit großer Geduld an, ließ sich zum dundertsten Mal erzählen, wie unmoralisch und grausam die Maigesetze seien, daß sie sich ganz unwirksam erwiesen hätten, daß der Klerus und das katholische Volk sich niemals beugen würden u. s. w., und hatte den richtigen Takt, auf diese zum Ueberdruß gehörten Redensarten mit keinem Wort zu erwidern. Weder von der Rechten, noch von der Linken, noch vom Regierungstisch wurde geantwortet; das Centrum hatte einen Monolog gehalten und blieb auch in der Abstimmung mit seinen gewöhnlichen Anhängseln und vereinzelten Conservativen allein. Der Antrag Windthorst wurde mit großer Majorität abgelehnt. Für denselben erhoben sich nur das Centrum und einzelne Mitglieder der Rechten.

Die Eisenbahn-Commission des Abgeordnetenhauses hat in ihren letzten Sitzungen beschlossen, die Gesetzentwürfe der früheren Berathung aufrecht zu erhalten, womit der Regierung die Mittel zur Legung des zweiten Geleises auf der Rhein-Nahe-Bahn bewilligt und außerdem generelle Rechte, Einrichtungen im Landesvertheidigungsinteresse bei den Privatbahnen zu fordern, zugewiesen werden. Außerdem aber hat nunmehr die Majorität der Commission beschlossen, die Regierung zum Ankauf der Bahn zum Course von 15 Proc. (statt 24 Proc.) zu ermächtigen. Dieser Vorschlag einer neuen Coursbestimmung erfolgte aus dem Schooße der Commission. Die nationalliberalen Mitglieder der Commission, welche der Ansicht sind, daß es Sache der Regierung und nicht des Abgeordnetenhauses sei, Ankaufsvorlagen zu machen, stimmten gegen jede Coursbestimmung durch die Commission. Das Referat für das Plenum für diese neuen Beschlüsse wird Abg. Stengel übernehmen.

In dem Etat für das Auswärtige Amt auf das Etatsjahr 1881/82 wird die neu zu creirende Stelle eines Unterstaatssecretairs im Auswärtigen Amte in Folgendem motivirt: Schon seit längerer Zeit hat sich das Bedürfniß geltend gemacht, dem Staatssecretair einen Unterstaatssecretair an die Seite zu stellen, welcher ihn in der Leitung der gesammten Geschäfte des Auswärtigen Amtes sowie im mündlichen und schriftlichen Verkehr mit dem hiesigen diplomatischen Corps unterstützt, auch in Urlaubs-, Krankheits- oder sonstigen Behinderungsfällen seine Vertretung übernimmt. Der Mangel eines solchen Unterstaatssecretairs ist im vorigen Winter, wo der Staatssecretairposten in Folge Ablebens seines seitherigen Inhabers Monate lang unbesetzt war, besonders fühlbar geworden, indem es an der erforderlichen Einheitlichkeit der Leitung gefehlt hat. Dazu kommt, daß die Vielseitigkeit der Geschäfte des Reichskanzlers Demselben in der Regel nicht gestattet, von Seiten des Auswärtigen Amtes andere Vorträge als diejenigen des Staatssecretairs entgegenzunehmen; es muß also auch in dieser Beziehung Werth darauf gelegt werden, für Letzteren in der Person des Unterstaatssecretairs einen ständigen Vertreter zu bestellen.

Zu dem erwähnten Ehrenfestmahle Bennigsen's, welches am Mittwoch zu Berlin stattgefunden hat, ist aus Hannover das folgende Telegramm abgesandt worden: „Der versammelte Vorstand der nationalliberalen Partei zu Hannover begrüßt das heutige Fest als eine Sühne für verabscheuungswürdige Angriffe und sieht mit dem regen Gefühl dankbarster Verehrung und unerschütterlichen Vertrauens treu zu Ihnen als seinem in allen Lagen glänzend bewährtem Führer."

Die Nachricht, Amerika wolle bei Deutschland einen Vertrag zum Schutz gegen Nachdruck beantragen, fußt nach officiösen Andeutungen auf einem von dem Staatssecretair Evarts vor Kurzem veröffentlichten Briefe, der eine derartige Hinweisung enthielt. Man wußte bereits, daß Herr Evarts dazu neigte, und die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten hatte sich ebenfalls damit vertraut gemacht. Gelangt eine dahingehende Vorlage an den Congreß, wird dieser, wie man glaubt, wohl zustimmen. Aber Herr Evarts tritt am 4. März zugleich mit dem Präsidenten Hayes zurück und die Absichten seines Nachfolgers, als welchen allgemein Herr Blaine angesehen wird, sind nicht bekannt. Die bezeichnete öffentliche Stimmung läßt indessen vermuthen, daß auch der künftige Staatssecretair einem solchen Nachdruckvertrage nicht abgeneigt sein werde.

Prager Blätter bestätigen, daß sich die österreichische Regierung in der Universitätsfrage für eine gesonderte czechische Universität entschieden hat. Dieselbe soll in einem Zeitraume von fünf Jahren ins Leben gerufen werden. Die

SLUB
Wir führen Wissen.